

Antrag A1

Antragssteller*in: Katalin Gennburg, Moritz Warnke (Treptow-Köpenick), Melanie Rott, Stephan Jegielka, Franziska Lindner, Ellen Brombacher, Ulas Tekin, Ava Matheis (Mitte), Lucia Schnell, Moritz Wittler, Ruben Lehnert, Barbara Heinrich, Ferat Kocak, Jorinde Schulz, Nadine Haske, Lukas Burger (Neukölln), René Paulokat, Hannes Retzlaff, Yvonne Hein, Janek Neuendorf, Moheb Shafagyar (Friedrichshain-Kreuzberg), Felicitas Karimi, Johannes Kolleck (Charlottenburg-Wilmersdorf), Jürgen Hoffmann (Lichtenberg), Lars Klinkmüller (Pankow), Freddy Hölzer, Carl Scharnhorst (Linksjugend [’solid], Tim Fürup (AKL), Carsten Schulz (KPF)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Nein zum Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne und DIE LINKE in Berlin**

1. In Abwägung von Vor- und Nachteilen stellen die Delegierten des Landesparteitags in ihrer Mehrheit fest, dass der vorliegende Koalitionsvertrag keine hinreichende Grundlage für den Eintritt in die Berliner Landesregierung darstellt.
2. Die Mitglieder sind im Mitgliederentscheid frei in ihrer Entscheidung. Am Ende obliegt es ihrem Votum, ob DIE LINKE. Berlin auf Basis des vorliegenden Koalitionsvertrags in die Landesregierung eintritt oder nicht. Der Landesparteitag von DIE LINKE.Berlin empfiehlt den Mitgliedern des Landesverbands, beim Mitgliederentscheid den Koalitionsvertrag abzulehnen und entsprechend mit „Nein“ zu stimmen.

10 Begründung

Mittlerweile wird selbst in konservativen Kreisen die Wohnungsfrage als „die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ begriffen. Als DIE LINKE. Berlin haben wir früh erkannt, welche Bedeutung der Mietenproblematik für unsere Stadt innewohnt: es ist die soziale Frage der Berliner Gegenwart. Deshalb haben wir bereits 2016 erfolgreich Wahlkampf unter dem Titel „Wem gehört die Stadt?“ geführt. In der letzten Legislaturperiode ist es uns – mit Strahlkraft weit über die Stadtgrenze hinaus – gelungen, in diesem Bereich einen neuen „Markenkern“ für DIE LINKE aufzubauen. Das Thema hat in Berlin weiterhin herausgehobene Bedeutung. Folgerichtig haben wir die zurückliegende Wahl zu einer #Mietenwahl erklärt. Dass wir mit dieser Einschätzung richtig lagen, zeigt der große Erfolg des Volksentscheids, bei dem mehr als eine Million Berlinerinnen und Berliner für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne gestimmt haben, und die Tatsache, dass wir bei der Abgeordnetenhauswahl – entgegen dem Bundestrend – unser absolutes Stimmergebnis halten konnten und relativ lediglich 1,6 Prozentpunkte verloren haben.

Umso enttäuschender fallen die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verabredungen zur Stadtentwicklung und zur Mietenpolitik aus. Exemplarisch hierfür steht der Umgang mit dem erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“. Der politische Wille, den Volksentscheid umzusetzen, ist nicht vereinbart. Statt eines konkreten Zeitplans zur Umsetzung des Volksentscheids sieht der Koalitionsvertrag die Einrichtung einer Kommission vor, die bis zum Jahr 2023 Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen prüfen und eine Empfehlungen für das weitere Vorgehen an den Senat erarbeiten soll, der dann eine Entscheidung darüber trifft. Der Arbeitsauftrag der Kommission wurde dahingehend konkretisiert, dass es nicht zu ihren Aufgaben gehören wird,

Eckpunkte für ein Gesetz zu erarbeiten. Diese sollen „gegebenenfalls“ später von den zuständigen Senatsverwaltungen vorgelegt werden, worüber erneut der Senat abschließend entscheiden wird.

Darüber hinaus lässt der gesamte Bereich der Stadtentwicklung einen Roll-back befürchten und bleibt weit hinter unseren Ansprüchen zurück. Es ist gut, dass an einigen Punkten der Status Quo verteidigt werden konnte. So soll die im letzten Jahr gesetzlich beschlossene Fortführung des Berliner Mietendeckels in abgeschwächter Form („Mietendimmer“) bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen bis zum Auslaufen des Gesetzes (Februar 2025) beibehalten werden. Auch einzelne Projekte wie das Dragoner Areal, das Modellprojekt Kottbusser Tor und das Initiativenforum konnten abgesichert werden. Doch demgegenüber steht, dass es keine Erhöhung der Quote für Sozialwohnungen geben wird – weder bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen noch in der kooperativen Baulandentwicklung (Berliner Modell). Hier bleibt man hinter dem rot-grün regierten München zurück. Das von uns und den Grünen geforderte Mietkataster ist lediglich mit einem Prüfauftrag drin. Die Formulierung zur Beteiligung und Mitbestimmung bei Nachverdichtungsprojekten sind schlechter als im letzten Koalitionsvertrag – dafür ist nun das Ziel festgeschrieben, dass 30.000 Wohnungen durch Nachverdichtungsprojekte entstehen soll, womit der Druck für noch mehr Nachverdichtungen erhöht wird. Dort wo es richtig konkret wird, geht es um Neubauzielzahlen und „bauenbauenbauen“. Es ist davon auszugehen, dass Franziska Giffey mit ihrem Wohnungsbündnis hier maximale Befreiheit für die private Immobilienwirtschaft schaffen wird. Demgegenüber konnte sich DIE LINKE nicht mit ihren Vorschlägen durchsetzen, durch Strukturreformen – inklusive entsprechender Bereitstellung von deutlich mehr zweckgebundenen Investitionsmitteln – bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen den kommunalen Neubau zu stärken und ihn in der erforderlichen Größenordnung zu ermöglichen. Stattdessen wird es im Wohnungsbündnis mit den Privaten auch darum gehen, wie Vonovia & Co. landeseigene Flächen zur Verfügung gestellt werden, um die Neubauzielzahlen zu erfüllen und wo die Stadt mit weiteren Hochhäusern „aufgewertet“ werden kann.

Zementiert wird diese neue Ausrichtung in der Mietenpolitik durch die Verteilung der Ressorts. Die SPD untersetzt ihren Führungsanspruch durch die Koordination des Bündnisses mit der Immobilienwirtschaft in der Senatskanzlei und die Übernahme der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Die Grünen können dank des Finanzressorts Einfluss nehmen auf die Landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Bodenpolitik des Landes. DIE LINKE hingegen steht mit leeren Händen da und wird kaum Möglichkeiten haben, die Neuausrichtung der Wohnraumversorgungspolitik durch die SPD zu verhindern.

Wir bestreiten nicht, dass im Koalitionsvertrag auch linke Positionen und Forderungen berücksichtigt und durchgesetzt wurden. Ebenso unbestritten ist, dass der Koalitionsvertrag weitere Widersprüche zu unserem Wahlprogramm beinhaltet, etwa die Verbeamtung der Lehrkräfte oder die fortgesetzte Ausschreibung bei der S-Bahn. In einer Gesamtbetrachtung müssen wir feststellen, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen und dass der Koalitionsvertrag keine hinreichende Grundlage für den Eintritt in die Berliner Landesregierung darstellt.

Der Blick auf mögliche Alternativen und Konsequenzen ruft schwierige Fragen auf. Das wahrscheinlichste Szenario wäre vermutlich eine Ampel-Landesregierung auch in Berlin. Wir sind uns bewusst, dass sich diese Abwägungen niemand einfach macht. Wir wissen, dass man – gerade als linke Partei – auch immer kompromissfähig sein und mit Blick auf das realistisch Mögliche agieren muss. Aber wir wissen auch, dass die Logik des kleineren Übels kein ausreichender Kompass für sozialistische Politik sein kann und haben zu oft gesehen, auf welche Abwege diese Logik die Sozialdemokratie immer wieder geführt hat.

Wenn eine Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik an Investoreninteressen unausweichlich ist, dann ist es nach unserer Überzeugung besser, wenn dies von einer linken Opposition im Parlament begleitet wird. Wir sind überzeugt, dass es für DIE LINKE in Berlin ratsam ist, in der Mietenfrage

79 glaubwürdig zu bleiben und gemeinsam mit vielen Initiativen und Bewegungen in der Stadt für
80 gemeinsame Ziele – allen voran für die Umsetzung des Volksbegehrens – zu kämpfen.